



BRAUNKOHLE: VOR- SICHT WORTBRUCH!

Lausitz aus der
Sackgasse führen

> Seite 3



SPEZIAL: BILDUNG

Inklusion wieder auf
die lange Bank geschoben

> Seite 6



AUSSCHUSSREISE IN DIE SCHWEIZ

Direkte Demokratie im Alltag

> Seite 9



BILDUNG FÜR ALLE

Wir alle lernen immer voneinander. Je mehr Anregungen unser Umfeld bietet, desto mehr können wir lernen. Inklusion bedeutet mehr als die Integration von Kindern mit Behinderungen in ein „normales“ Schulsystem. Es ist wissenschaftlich belegt, dass Kinder mit speziellem Förderbedarf in Regelschulen bessere Lernerfolge erzielen und ein größerer Anteil von ihnen einen qualifizierten Schulabschluss erreicht. Gleichzeitig lernen ihre Klassenkameradinnen und -kameraden ohne speziellen Förderbedarf ganz nebenbei den unverkrampften Umgang mit behinderten Menschen. Ihre schulischen Lernerfolge werden von der Anwesenheit der angeblich „langsameren“ Mitschülerinnen und Mitschüler nicht im Geringsten be-

einträchtigt. Natürlich ist ein inklusives Schulsystem mit individuellerem Unterricht verbunden. Voraussetzungen dafür sind die verstärkte Einstellung von jungen Lehrkräften, die neues Wissen und Elan mitbringen, und gleichzeitig auch mehr Weiterbildungschancen für erfahrene Lehrerinnen und Lehrer.

Der Weg zur Inklusion in Brandenburg ist noch weit. Diesen und weitere Missstände haben wir zum Anlass für ein Schwerpunktthema „Bildung“ genommen. Angeregte Lektüre wünscht

Marie Luise von Halem

Marie Luise von Halem
Parlamentarische Geschäftsführerin

3 FRAGEN AN...

MARIE LUISE VON HALEM

**Was ist im Brandenburger Bildungssystem am dringendsten zu tun?**

Die Qualität der Bildung muss verbessert werden. Dazu brauchen wir deutlich mehr junge Lehrkräfte. Parallel dazu würde ich eine Fortbildungsinitiative starten, um den Lehrerinnen und Lehrern, die schon länger unterrichten, Chancen zu bieten, dazuzulernen. Es gibt zwar Angebote, aber diese werden reduziert, mit dem Argument, sie würden zu wenig angenommen. Sinnvoll wäre das Gegenteil: die Angebote zu erweitern und LehrerInnen die Teilnahme z. B. durch bessere Freistellungen zu erleichtern.

Worin liegen die größten Herausforderungen?

Da ist die Frage, wie wir junge Lehrkräfte dafür gewinnen, in ländlichen Regionen unterrichten und leben zu wollen. Dabei spielen das Land, die Schulen und insbesondere die Kommunen wichtige Rollen. Kommunen können viel für ihre Attraktivität tun, wie man am Beispiel der „Kommunalen Bildungslandschaften“ sieht. Dort sind Vereine, Verbände und lokale Wirtschaft mit den Bildungseinrichtungen vernetzt. Am besten funktioniert das, wenn BürgermeisterInnen oder BildungsdezernentInnen es anstoßen und tragen. Die Schulen allein können das nicht zusätzlich schultern. Eine weitere Herausforderung ist der Umbau des Bildungssystems in Richtung Inklusion.

Welche konkreten Schritte brauchen wir?

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verläuft in Brandenburg sehr schleppend. Die Beteiligten haben ein Recht darauf, die Rahmenbedingungen zu erfahren. Hier einen Fahrplan vorzulegen, hat die Bildungsministerin bisher versäumt.

Marie Luise von Halem ist parlamentarische Geschäftsführerin sowie bildungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag.

**FRAKTION ZEIGT FILM ZU
LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG**

Der Dokumentarfilm „Taste the Waste - Wohlstand oder Wahnsinn?“ von Valentin Thurn geht den Ursachen der globalen Lebensmittelverschwendung auf den Grund. Über 10 Millionen Tonnen Lebensmittel pro Jahr landen in Deutschland in den Mülltonnen vor Großmärkten, Supermärkten und vor unseren Haustüren. Darüber spricht der Regisseur u. a. mit VerkäuferInnen, PsychologInnen, MinisterInnen, Bauern und EU-Behörden. Unsere Fraktion zeigt den Film am 21.9. um 19 Uhr im Tanzsalon Zippel, Puschkinstraße 16, 16225 Eberswalde. Anschließend folgt eine Podiumsdiskussion.

Näheres auf <http://gruenlink.de/2qz>

KÜRZUNGEN ZU LASTEN DER STUDIERENDEN

Auf Bildung werde „höchster Wert“ gelegt, heißt es im rot-roten Koalitionsvertrag. Brandenburgs Universitäten muss das wie Hohn vorkommen. Nach der Entnahme von zehn Mio. Euro aus den Hochschulrücklagen in diesem Jahr will Rot-Rot von 2012 an weitere zwölf Mio. Euro bei ihnen einsparen. Und das, obwohl kein anderes Bundesland weniger Geld pro StudentIn ausgibt. Weniger Lehrende und Forschende und eine sich weiter verschlechternde Betreuungsrelation dürften die Folgen der Kürzungen sein. Das geht an die Substanz unserer Hochschullandschaft.

**UMSTELLUNGSPRÄMIE FÜR
ÖKOLANDWIRTE GESTRICHEN**

Gesunde Lebensmittel sind gefragt. Der Ökolandbau ist ein Erfolg. Natürliche Ressourcen werden geschont, Arbeitsplätze entstehen. Deshalb ist es katastrophal, dass Rot-Rot die Umstellungsprämie für Landwirte gestrichen hat. Dabei geht es um eine vergleichsweise geringe Summe (150.000 Euro). Das Ministerium begründet den Förderstopp mit dem Auslaufen der EU-Förderperiode. Andere Bundesländer gewährleisten die Prämie aber weiter. Wenn wir unsere Spitzenposition im Ökolandbau verteidigen wollen, brauchen auch unsere Landwirte Planungssicherheit.

BRAUNKOHLE: VORSICHT WORTBRUCH!

Ministerpräsident Platzeck hatte seit Jahren immer wieder betont, dass neue Braunkohlekraftwerke und Tagebaue nur genehmigt würden, wenn die CCS-Technologie erfolgreich eingesetzt werden kann. Damit hatte er auch die einst kohlekritischen Linken ins Koalitionsboot gelockt.

Doch nach der Verabschiedung des CCS-Bundesgesetzes steht Brandenburg allein auf weiter Flur: Alle anderen Länder wollen von der beschlossenen Klausel Gebrauch machen und die Risikotechnologie auf ihrem Gebiet ausschließen. Wenn sich die anderen Bundesländer nicht beteiligen, sei das Thema auch in Brandenburg tot, versicherte Platzeck wörtlich.

Festhalten an der Kohle ist dreist und töricht

Doch Platzeck setzt weiter auf die Braunkohle – auch ohne CCS, frei nach dem Motto „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“.

Dazu hat sich der Ministerpräsident Verbündete gesucht. Seine Staatskanzlei formulierte in Absprache mit Sachsen und Sachsen-Anhalt ein gemeinsames Positionspapier zur „Rettung“ der heimischen Braunkohle. Demzufolge sei die Braunkohle ein verlässlicher Partner der Erneuerbaren Energien. In dem Papier wird dreist behauptet, Braunkohle sei der einzige subventionsfreie Energieträger und deshalb sehr billig. Die Stromgestehungskosten für Braunkohle in einem neuen



Kraftwerk liegen derzeit bei etwa 4,5 Cent je Kilowattstunde (kWh). Diese enthalten jedoch nicht die externen Kosten durch Umweltzerstörung, Grundwasserentnahme, Klimaschädigung und Luftverschmutzung. Nach einer aktuellen Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) betragen die Kosten tatsächlich 7,9 Cent je kWh. Allein die Klimaschäden schlagen laut Umweltbundesamt in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen mit knapp fünf Mrd. Euro jährlich zu Buche.

Lausitz aus der Sackgasse führen

Die schwerfälligen Braunkohlekraftwerke sind ein Klotz am Bein auf dem Weg in ein zukunftsfähiges Energiesystem. Sie sind der denkbar schlechteste Partner für die Erneuerbaren Energien und blockieren

deren Ausbau. Platzeck verkennt das wahre Gebot der Stunde: Durch den Emissionshandel und wegen der verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen ist die Kohle ein Auslaufmodell. Durch sein Festhalten an dem schmutzigen Brennstoff führt er die Lausitz in eine Sackgasse; der notwendige Strukturwandel wird ausgebremst.

Nun rächt sich, dass die Landesregierung kein Zukunftskonzept für die Lausitz hat.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der mittelfristige Ausstieg aus der Braunkohle bald eingeläutet wird – damit ausreichend Zeit bleibt, die Lausitz auf das postfossile Zeitalter vorzubereiten.

Michael Jungclaus
Energiepolitischer Sprecher

Näheres auf <http://gruenlink.de/2r0>

ROT-ROTES VERGABEGESETZ:

MEHR SCHEIN
ALS SEIN

Mit einem Auftragsvolumen von über 420 Mrd. € pro Jahr verfügen Bund, Länder und Kommunen über ein wirtschaftspolitisches Gestaltungspotenzial, dessen Möglichkeiten bislang nicht ausgeschöpft werden. Es macht einen Unterschied, ob der öffentliche Fuhrpark aus Spritschluckern besteht oder ob alternative Antriebstechnologien genutzt werden. Deshalb hat unsere Fraktion ein Gesetz zur Verankerung ökologischer und sozialer Kriterien in Vergabeverfahren eingebracht.

Auch die Landesregierung hatte die Einführung eines Vergabegesetzes angekündigt. Jedoch geriet der avisierte Sprung zum Schrittlchen. Zuerst wurde das Projekt auf die lange Bank geschoben, dann hintertrieb das Wirtschaftsministerium alle Bemühungen zur Verankerung von Nachhaltigkeitskriterien. Obwohl die Kommunen in Brandenburg für zwei Drittel der öffentlichen Aufträge verantwortlich sind, sollte das neue Vergabegesetz nicht für sie gelten. Erst die Vorlage unseres Gesetzesentwurfs zwang Rot-Rot zur Einbeziehung der Kommunen. Allerdings wurde dieser richtige Schritt durch die schwindelerregende Erhöhung der Schwellenwerte konterkariert, so dass die gesetzlichen Vergabevorschriften bei 80 % aller Vergaben keine Anwendung finden. Über Mindestlöhne, ILO-Arbeitsnormen oder ökologische Vergabekriterien lohnt es sich vor diesem Hintergrund kaum zu diskutieren. Appelle aus der Wirtschaft die Schwellenwerte deutlich abzusenken, wurden bisher ignoriert. Kosmetische Eingriffe der Regierungsfractionen beschern uns jetzt ein Vergabegesetz mit einem Mindestlohn von 8 Euro. Eine nette Geste ohne Konsequenzen für den Großteil der öffentlichen Aufträge. Eine weitere verpasste Chance der rot-roten Koalition.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

Näheres auf <http://gruenlink.de/6n>

TROTZ NEUER ROUTEN:

KEINE FLUGLÄRM-
ENTWARNUNG AM BBI

Anfang Juli legte die Flugsicherung neue Routenvorschläge vor. Viele „wenig Betroffene“ haben sich dabei gegen wenige „viel Betroffene“ durchgesetzt. Unabhängig vom jetzigen Ergebnis war schon vorher klar, dass es auf Grund der falschen Standortentscheidung für den Flughafen bei jeder Variante Verlierer geben würde.

Wer sich heute noch freut, kann schon morgen durch eine Änderung der Flugrouten stark betroffen sein. Erfahrungen anderswo zeigen, dass Flugrouten immer wieder neu festgelegt werden und dass sich nicht alle Flüge an bestehende Flugrouten halten müssen. Deshalb müssen grundsätzliche Rahmenbedingungen den krankmachenden Lärm minimieren. Unsere Fraktion setzt sich für ein konsequentes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein. Bereits Ende 2010 haben wir diesbezüglich einen Antrag gestellt. Rot-Rot verzögert jedoch die Abstimmung und will offensichtlich das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts abwarten.

Wir meinen, dass nicht die Justiz, sondern die Politik die Verantwortung für den Lärmschutz trägt. Für uns hat Lärmschutz Priorität. Dies wurde auf dem Höhepunkt der Flugroutendebatte auch von den Verantwortlichen betont. Doch wenn es um konkrete Ent-

scheidungen geht, etwa der Unterstützung unseres Antrags, will die Koalition von ihren vollmundigen Aussagen nichts mehr wissen. Ein politisches Armutszeugnis. Das Argument einer wirtschaftlichen Notwendigkeit der Nachtflüge ist längst entkräftet. Rot-Rot muss sich gegen Lobbyinteressen durchsetzen.

Michael Jungclaus
Verkehrspolitischer Sprecher

Näheres auf <http://gruenlink.de/2rr>



DAS GROSSE SCHWEIGEN IM JUSTIZMINISTERIUM

Hat die Brandenburger Justiz ein Stasi-Problem? Immer neue Fälle von angeblich oder tatsächlich belasteten Richtern und Richterinnen werden bekannt. Doch ausgerechnet Justizminister Volkmар Schöneburg will die Debatte aussitzen. Das große Schweigen im Justizministerium nährt die These, dass Aufarbeitung politisch wenig gewünscht ist.

Im April hieß es aus dem Justizministerium, es gebe in Brandenburg 82 stasibelastete Justizangestellte, drei davon würden als Richter arbeiten. Wenig später war schon von 152 Justiz-Beschäftigten mit MfS-Vita die Rede, davon ein Staatsanwalt, 13 Richterinnen und Richter.

Eine Regierung, zwei Meinungen

Tatsache ist, dass in unserem Land viele DDR-Richterinnen und -Richter übernommen wurden. Die Regierungsfaktionen behaupten zwar, alle Fälle seien „sorgfältig“ überprüft worden, Zweifel an der Eignung der Personen sei daher unangebracht. Eine Einschätzung, die aber selbst von damals Beteiligten nicht vorbehaltlos geteilt wird. Denn natürlich ging es hektisch zu in den demokratischen Anfangsjahren Brandenburgs: Es sollten schnell funktionsfähige Strukturen geschaffen werden; kaum jemand war in der Lage, die Akten akribisch zu studieren – ganz abgesehen davon, dass Stasiakten damals nur sehr begrenzt öffentlich zugänglich und erschlossen waren. Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass später Fälle bekannt wurden, die viele Menschen als Schlag ins Gesicht empfanden. So wie der des hochrangigen Richters am Potsdamer Arbeitsgericht, der früher Unrechtsurteile fällte. Oder der des Leiters der Cottbusser Polizeiwache (Chef von immerhin 160 Beamten), der in der DDR als Stasi-Untersuchungsführer im Gefängnis Geständnisse erpresste.

Doch während der für die Polizei zuständige Innenminister Dietmar Woidke daraus die Konsequenz zog, Führungskräfte neu überprüfen zu lassen, legt der Justizminister die Hände in



den Schoß. Woidke sagt, er wolle pauschale Vorverurteilungen der Polizei vermeiden. Sein Justizkollege Schöneburg behauptet, das gleiche Ziel für die Richterschaft zu haben. Kurioserweise folgert er daraus, es dürfe keine Überprüfung geben.

Besondere Ämter mit besonderer Verantwortung

Der Bund hat aus gutem Grund entschieden, dass besonders verantwortungsvolle Ämter überprüft werden können. Die Menschen in unserem Land erwarten von Richterinnen und Richtern moralische Integrität.

In den letzten Jahren ist eine Vielzahl von Stasi-Akten neu erschlossen worden, in anderen Bundesländern folgte eine entsprechende Überprüfung von Personen in exponierter Stellung. Wir als Bündnisgrüne fordern dies auch in Brandenburg. Denn Probleme lassen sich nicht aussitzen.

*Sabine Niels
Justizpolitische Sprecherin*

Näheres auf <http://gruenlink.de/2sn>

INKLUSION WIEDER AUF DIE LANGE BANK GESCHOBEN

Seit März 2009, seit mehr als zwei Jahren, ist die UN-Behindertenrechtskonvention geltendes Recht in Deutschland. Alle Bundesländer haben sich verpflichtet, ihr Bildungssystem so umzubauen, dass es allen eine gemeinsame Bildung ermöglicht, mit angemessener individueller Förderung, von der Kita bis zur Berufsausbildung. Die bislang praktizierte Integration von Menschen mit Behinderungen reicht nicht. Wir wollen nicht eine außenstehende Gruppe 'integrieren', sondern von klein auf alle Menschen mitnehmen. Es hat sich gezeigt, dass Kinder mit speziellem Förderbedarf in Regelschulen bessere Ergebnisse erzielen und ein größerer Anteil von ihnen einen qualifizierten Schulabschluss erreicht. Gleichzeitig erzielen Kinder ohne speziellen Förderbedarf in einer inklusiven Schule und entsprechend individualisiertem Unterricht genauso gute Lernerfolge und erheblich bessere soziale Kompetenzen.

So viel zur Theorie. Mit der Umsetzung in die Praxis lassen sich die meisten Bundesländer Zeit, Brandenburg ganz besonders.

Angekündigt ...

Nachdem das Thema vorher kaum je Erwähnung fand, nahm Bildungsministerin Martina Münch sich seiner mit Beginn ihrer Amtszeit an. Im Frühjahr 2011 ver-



kündete sie, ab dem Schuljahr 2013/14 keine neuen Klassen mehr in den Förderschulen für Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung bilden und diese Schulen bis 2019 gänzlich schließen zu wollen. Dieser vollmundigen Ankündigung folgten keine Taten: Wie das Personal an den künftig inklusiven Schulen einzusetzen sei, wie Lehrkräfte fortgebildet würden und mit welcher Unterstützung für erforderliche Umbauten gerechnet werden könne – mit all diesen und noch viel mehr Fragen wurden die Beteiligten alleine gelassen. Kein Wunder, dass viel Verunsicherung die Folge war.

Unsere Fraktion wünscht sich im Interesse aller Kinder eine Schule, die alle gleichermaßen individuell fördert und in der sie gemeinsam lernen. Es wäre an der

Zeit, endlich auch in Brandenburg mutige Schritte zu gehen und unser Bildungssystem für die Inklusion fit zu machen. Wir wollen uns auf den Weg machen, behutsam und zusammen mit allen Beteiligten.

... und zurückgenommen

Leider hat die Ministerin offensichtlich Angst vor der eigenen Courage: Erst packt sie die Umsetzung nicht an und dann nimmt sie das angekündigte Schließungsjahr 2019 zurück. Statt konkreter Schritte gibt es Gesprächsrunden. Inklusion wird in Brandenburg wieder auf die lange Bank geschoben.

*Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin*

FREIE SCHULEN AUF DER KIPPE?

Angesichts der drohenden Kürzungspläne hatte die bündnisgrüne Fraktion am 16. Juni zu einem Fachgespräch „Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft“ eingeladen. Mehr als 80 AkteurInnen aus Politik, Verbänden, Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen diskutierten die derzeitigen Regelungen zu Finanzierung und Betrieb von Schulen in freier Trägerschaft. Prof. Dr. Heiner Barz bot den wissenschaftlichen Input, Staatssekretär Burkhard Jungkamp versprach, transparente Schülerkostensätze für die Berechnung der Finanzierung zu Grunde zu legen. Auch bei den freien Schulen müsse gespart werden. Bianka Petereit vom Städte- und Gemeindebund begrüßte die Anregung, sich in Fragen der Schulentwicklungsplanung zukünftig enger mit den Trägern freier Schulen abzustimmen. Der auf unserem Fachgespräch begonnene Dialog muss fortgesetzt werden, insbesondere, da die Höhe der den freien Schulen zugemuteten Kürzungen jetzt fest steht.

Schulen in freier Trägerschaft sind keine elitären Einrichtungen. Das ehrenamtliche Engagement, das die meisten dieser Schulen trägt, gehört zu dem Wertvollsten, was ein Land haben kann. Wir sollten es würdigen, statt es einer solchen Geringschätzung auszusetzen. Unsere Fraktion wird sich weiterhin für die Anliegen der freien Schulen stark machen. Wie die Kooperation mit den Kommunen intensiviert werden kann, wollen wir in einem nächsten Fachgespräch vertiefen.

Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin



LANDLEHRER_IN IN SICHT?

Wie gewinnen wir für Brandenburgs ländliche Regionen genügend Lehrerinnen und Lehrer? Wie gestalten wir Arbeitsbedingungen und soziales Umfeld so, dass sie dort arbeiten wollen? Können wir überhaupt den künftigen Bedarf an Lehrkräften für das gesamte Land Brandenburg decken? Diesen Fragen widmete sich in unserem Auftrag das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS). Die Studie mit dem Titel „Möglichkeiten für eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften in Schulen peripherisierter Regionen Brandenburgs“ wurde Mitte Juni vorgestellt.

In der Studie wird festgestellt, dass Schulen, Kommunen und Land zusammenarbeiten müssen. Schulen können ihr Profil schärfen, ihre Willkommenskultur verbessern und neuen LehrerInnen mehr Einfluss und Mitgestaltung ermöglichen. In familienfreundliche Kommunen, die bei der Suche nach Wohnung und Arbeitsplatz für den/die PartnerIn Unterstützung anbieten und für die kommunale Bildungslandschaften kein Fremdwort sind, ziehen junge LehrerInnen natürlich lieber als in andere. Finanziell schengewichtiger wären mögliche Maßnahmen von Landesseite, wie Stipendienprogramme, zusätzliche Anrechnungsstunden für NeueinsteigerInnen oder bessere Aufstiegsmöglichkeiten.

Laut Gutachten muss Brandenburg im Schnitt jährlich 600 neue Lehrkräfte einstellen. Sonst kann die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4 zu 1 nicht – wie von der Landesregierung versprochen – gehalten werden. Die Zahl der im Land ausgebildeten LehramtsabsolventInnen liegt aber nur bei etwa 450 jährlich. Unsere Fraktion hat im Juni beantragt, zum kommenden Schuljahr statt der geplanten 150 mindestens 340 neue Lehrkräfte einzustellen: Rot-Rot war leider dagegen.

Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin

<http://gruenlink.de/2y0>

IM PORTRAIT

MARTIN BÄR: DIE WISSENSLANDSCHAFT IM BLICK

Martin Bär ist Referent für Bildung, Wissenschaft und Kultur der bündnisgrünen Fraktion im Potsdamer Landtag. „Die politische Arbeit macht mir viel Spaß“, betont der gebürtige Nordhesse, der ursprünglich wegen seines Studiums der Politologie nach Potsdam gekommen ist und sich sowohl der Stadt als auch der Universität Potsdam eng verbunden fühlt.

Turbulente Zeiten

An der Universität war er viel in der studentischen Selbstverwaltung unterwegs. Als AStA-Vorsitzender und langjähriges Mitglied des Senates hat er so manches mit dem Wissenschaftsministerium ausgefochten. „Es waren turbulente Zeiten, mit Streiks, Vollversammlungen und Rektorabwahlbegehren. Jetzt ist es für mich spannend, näher an den Entscheidungen zu sein und die gesamte Wissenschaftslandschaft im Blick zu haben.“

Nach dem Studium lernte er in der Bundesgeschäftsstelle von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Politik hinter den Kulissen kennen. Nach Arbeitsstationen in der Verwaltung der Universität Potsdam und in der Geschäftsführung bei einem Krankenhausträger zog es ihn zurück in die Politik. „Ich habe mich bei den Bündnisgrünen immer wohl gefühlt und wollte nun die Arbeit der neuen Fraktion in der

Bildungs- und Hochschulpolitik unterstützen.“ Nach nun mehr als einem halben Jahr Arbeit in der Fraktion ist er beeindruckt von der vielfältigen Bildungs-



© Franziska Petruschik

landschaft Brandenburgs: „Es ist sehr spannend, an einem Ort durch Zuzug mit steigenden und andernorts mit rückläufigen Schülerzahlen konfrontiert zu werden. Beiden Entwicklungen gerecht zu werden, ist eine große Herausforderung in der Bildungspolitik Brandenburgs.“

Ausgleich ist wichtig

Entspannung und Ausgleich vom Referentenjob erfährt Martin Bär durch Musik und seine Familie. Der Vater von zwei Kindern liebt es, mit seinem 3-jährigen Sohn im eigenen Garten Tiere und Pflan-

zen zu beobachten. „Die Kreativität, die Kinder in der Natur entwickeln, ist großartig. Gerade in der Stadt fanden wir es wichtig, dass unsere Kinder wissen, dass

Früchte und Gemüse nicht in der Verpackung wachsen.“ Erholung findet Martin Bär auch beim Singen in der Chorwerkstatt Schöneberg, die mit ihren eher klassischen Programmen auch schon mehrere Auftritte in der Philharmonie Berlin gegeben hat. „Ich bin immer wieder erstaunt, wie entspannt man nach zwei Stunden singen ist. Obwohl man ja scheinbar nur den Mund und die Stimmbänder bewegt.“ Martin Bär liebt die Weite Brandenburgs, vor allem die Uckermark hat es ihm angetan: „Manchmal braucht es den Blick von außen, um Vorzüge erkennen zu können.“

AUSSCHUSSREISE IN DIE SCHWEIZ: „WIR STIMMEN AB“

Im Februar 2011 hat unsere Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei Gesetzentwürfe für mehr direkte Demokratie eingebracht. Unsere Bemühungen, andere Fraktionen ins Boot zu holen, waren wenig erfolgreich. Umso erfreuter waren wir, dass der Innenausschuss sich einvernehmlich zu einer Ausschussreise in die Schweiz entschloss, um sich dort über direkte Demokratie zu informieren. Vom 23. bis 27. Mai absolvierten neun Abgeordnete, die FachreferentInnen aller Fraktionen und einige Juristinnen ein anspruchsvolles Programm: Wir sprachen unter anderem mit VertreterInnen des Kantonsrats Zürich, dem deutschen Botschafter, Abgeordneten des Nationalrats, PolitikwissenschaftlerInnen und VertreterInnen von Volksinitiativen für freie Uferwege (!) um den Zürichsee.

Direkte Demokratie ist Alltag

Auch wenn das politische System der Schweiz nur bedingt mit unserem vergleichbar ist, so hat uns doch die Selbstverständlichkeit, mit der direkte Demokratie gehandhabt wird, überrascht. Referendum (d.h. Nachkontrolle der Bürgerschaft zu Parlamentsentscheidungen) und Volksinitiative (d.h. Einbringen von Ideen und Gesetzentwürfen aus der Bürgerschaft) gehören zum Alltag. Die Hürden sind niedrig, Unterschriften können frei gesammelt werden. Für die SchweizerInnen sind Volksabstimmungen

alle paar Monate normal. Meist werden an vorab reservierten „Abstimmungswochenenden“ mehrere Vorschläge und Gegenvorschläge gebündelt zur Entscheidung vorgelegt. Die meisten BürgerInnen stimmen per Briefwahl ab. Vorab werden ihnen „Argumentarien“ mit den Positionen der Volksinitiativkomitees und den Stellungnahmen der Regionalparlamente und der Regierungsseite vorgelegt.

30 bis 50 Prozent Wahlbeteiligung

Quoten und Wahlbeteiligung sind in der Schweiz kein Thema. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zählt. Dass die

Wahlbeteiligung meist zwischen 30 und 50 Prozent liegt, gilt als normal und liegt in der gleichen Größenordnung wie bei Regionalwahlen. Beteiligungen über 50 Prozent werden nur bei landesweiten Abstimmungen zu polarisierenden Themen erreicht.

Trotz der geringen Hürden für Volksentscheide kommt es fast nie zu extremen Entscheidungen. Das ausführliche Für und Wider und die sorgfältige Finanzabwägung lässt die BürgerInnen verantwortungsbewusst handeln.

Wir hoffen, dass die interessanten Erfahrungen auch die Abgeordneten der anderen Fraktionen beflügeln, mehr direkte Demokratie in Brandenburg zu wagen.

*Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin*





INTEGRATION STATT ISOLATION

Anfang des Jahres machte der Flüchtlingsrat durch Aktionen und eine Broschüre auf die Unterbringung von Flüchtlingen im Land Brandenburg aufmerksam – zum Teil würden die Flüchtlinge außerhalb von Ortschaften in alten Kasernen untergebracht, in fast allen Heimen müssten sich die BewohnerInnen die Zimmer, Küchen, Bäder und Toiletten mit mehreren anderen Personen teilen, eine Unterkunft sei gar in einem schlechten baulichen Zustand.

Ausgehend davon brachte unsere Fraktion im April 2011 den Antrag „Eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen im gesamten Land Brandenburg sicherstellen“ ein.

Darin forderten wir, dass:

- die Unterbringung in Wohnungen oder abgetrennten Wohneinheiten der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften grundsätzlich vorzuziehen ist,
- die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften nicht länger als zwölf Monate dauern sollte und dass Personen mit besonderen Bedürfnissen bevorzugt in Wohnungen unterzubringen sind,

- die Unterbringung zentrumsnah und mit Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr erfolgt,
- der Zugang zu Ämtern, Ärzten, Arbeit, Bildung, Kindertagesstätten und Schulen ohne großen Aufwand möglich sein muss,
- die Vorschriften auf Bundesebene (Asylverfahrensgesetz und Asylbewerberleistungsgesetz), die eine Heimunterbringung weiterhin fördern, geändert werden und
- die Landkreise und kreisfreien Städte ihre Ermessensspielräume zugunsten der Betroffenen maximal nutzen.

Koalition übernimmt grüne Forderungen

Der Antrag unserer Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde zwar erwartungsgemäß abgelehnt, die Koalition brachte aber einen nahezu inhaltsgleichen Antrag ein, so dass nun die Mindeststandards in unserem Sinne überprüft werden. Die Kommunen sollen die bestehenden Spielräume großzügig nutzen, die Landesregierung soll sich für Änderungen auf Bundesebene einsetzen.

Geld statt Gutscheine!

Unabhängig von der Unterbringung machte der Landkreis Oberhavel jüngst von sich reden, weil er den Flüchtlingen nur Wertgutscheine aushändigt. Alle anderen Landkreise zahlen ihre Leistungen wenigstens zum Teil in Bargeld aus. Gutscheine haben nach Presseberichten den Nachteil, dass sie nur in wenigen Geschäften zu teilweise höheren Preisen und nicht für alle Produkte akzeptiert werden, sie nach eineinhalb Monaten ihre Gültigkeit verlieren und man sich das Restgeld nicht auszahlen lassen könne. Deshalb fordern wir: Geld statt Gutscheine!

Derzeit arbeitet die Europäische Kommission daran, das EU-Asylrecht zu vereinheitlichen. Es ist zu hoffen, dass sich durch den Druck aus Brüssel sowohl die Bundesregierung als auch der Landkreis Oberhavel zu Verbesserungen im Sinne der Flüchtlinge durchringen können.

*Ursula Nonnemacher
Sozialpolitische Sprecherin*

BÜNDNISGRÜNE FRAKTION AUF DER BRALa:

QUO VADIS, MÄRKISCHE LANDWIRTSCHAFT?

Bauernverbandsvorsitzender Udo Folgart staunte wohl nicht schlecht. Als einzige Landtagsfraktion beteiligten wir uns mit einem Stand an der Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung (BraLa) und stellten uns der Diskussion mit LandwirtInnen und KonsumentInnen. Am Himmelfahrtswochenende standen unsere Landtagsabgeordneten und MitarbeiterInnen Rede und Antwort und erhielten viel positive Resonanz.

Herausforderungen durch Strukturwandel

Der anhaltende Strukturwandel stellt Brandenburg vor große Herausforderungen: Fehlende wirtschaftliche Perspektiven und Landflucht, Konzentrationsprozesse auf den Märkten, ein dramatischer Verlust der biologischen Vielfalt, ein unzureichender Schutz der natürlichen Ressourcen und der zunehmend spürbare Klimawandel gefährden die Grundlagen unseres Wohlstandes. Eine Schlüsselrolle für die Zukunft der ländlichen Regionen spielt hierbei die Art und Weise unserer Landwirtschaft.

Für die Lösung all dieser Probleme gibt es kein Patentrezept, deshalb sucht unsere Fraktion bewusst nach Anregungen von außen. Mit dem jüngst erschienenen Buch „Umbrüche auf märkischem Sand“ konnten wir die Diskussion anstoßen. Dazu boten wir auf der BraLa ein breit

gefächertes Veranstaltungsprogramm: Bodenpolitik, Chancen des Ökolandbaus, Naturschutz, EU-Agrarpolitik und Fragen der Agrar- und Esskultur gehörten zu den Themen, die wir gemeinsam mit ExpertInnen und interessierten BürgerInnen diskutierten.

Wir brachten Bauernbund und Bauernverband an einen Tisch, redeten über die Vorteile bäuerlicher Familienbetriebe wie über notwendige politische Reaktionen auf den Landaufkauf durch Hedgefonds. Mit einem Slow Food-Vertreter, einem renommierten Koch und der Verfasserin des Klimakochbuches sprachen wir über nachhaltiges Essen.

Ökolandbau bietet Chancen

Viele GesprächspartnerInnen stimmten darin überein, dass Brandenburg zu sehr auf den Status quo setze und so die Probleme verschärfe, während Chancen ungenutzt blieben. Großbetriebe dominieren und tragen zu wenig zu regionaler Wertschöpfung und Jobs auf dem Land



bei. Der Ökolandbau, der seit Jahren boomt und in der Lage ist, Tierschutz, Umweltschutz und globale Gerechtigkeit unter einen Hut zu bringen, wird nicht konsequent genug gefördert. Die Chancen, die bäuerliche Familienbetriebe für Landschaftsästhetik, Gastronomie und Tourismus bieten, werden zu wenig wahrgenommen. Gefordert wurde ein konsistentes Leitbild der Landesregierung für den ländlichen Raum.

Für uns war die Teilnahme an der BraLa ein voller Erfolg. 2012 sehen wir uns wieder.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

CHAOS BEI DEN LANDESSTRASSEN

Verkehrsminister Vogelsänger ging vor über einem Jahr in die Offensive. Er war nicht zu beneiden. Er kämpfte mit knappen Haushaltsmitteln. Gleichzeitig drängten BürgerInnen auf Straßenneubau. Begründet wurden diese Ansprüche durch den künstlich aufgeblasenen Landesstraßenbedarfsplan aus den 90er Jahren.

Unter dem Motto „realistisch und finanzierbar“ reduzierte Vogelsänger die alte Planung auf 18 Straßenneubaumaßnahmen für das Landesstraßennetz in den nächsten 15 Jahren.

Doch obwohl das Motto solide Planung suggeriert, entpuppte sich die Landesstraßenplanung als unausgegorener Schnellschuss. Rot-Rot verabschiedete einen Gesetzesentwurf, ohne bei 14 von 18 Maßnahmen die Strategische Umweltprüfung durchzuführen. Dies ist kein Kavaliersdelikt, da so weder die Umweltbelastungen des Gesamtplans noch Alternativen – z.B. der Ausbau

des ÖPNV – überprüft wurden. Auch die Auswahl der 18 Maßnahmen warf mehr Fragen als Antworten auf: Beispielsweise soll eine Neubaumaßnahme mit Sackgassencharakter angeblich die Anbindung eines ausgewiesenen Tagebaugebietes verbessern. Zweifelhaft ist auch die geplante Ortsumfahrung Falkensee: Sie würde durch mehrere FFH-Gebiete führen, ohne den Ort von Verkehr zu entlasten.

Der Befreiungsschlag des Verkehrsministers wurde zum Rohrkrepiere. Der Landesstraßenbedarfsplan ist gesetzwidrig. Die einzelnen Neubaumaßnahmen werden eine Klageflut auslösen. Bei der Verkehrsplanung gilt offensichtlich die altbekannte SPD-Strategie „Augen zu und durch“.

Michael Jungclaus
Sprecher für Verkehrspolitik

PUBLIKATIONEN



Sie haben Interesse an einer unserer Publikationen oder wollen brandGRÜN abonnieren?
Schreiben Sie uns eine E-Mail an:
info@gruene-fraktion-brandenburg.de

Auf unserer Webseite finden Sie alle Publikationen als Download:
<http://gruene-fraktion-brandenburg.de/service/publikationen/>

TERMINE

Fachgespräch zur Brandenburgischen Bauordnung, Landtag Brandenburg, Raum 137, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Donnerstag, 8. September, 16.30 bis 18.30 Uhr

Film: "Taste the Waste", Tanzsalon Zippel, Puschkinstraße 16, 16225 Eberswalde
Mittwoch, 21. September, 19 bis 22 Uhr
Wir zeigen den Dokumentarfilm "Taste the Waste – Wohlstand oder Wahnsinn? Die globale Lebensmittelverschwendung" (D 2011, 88 min., Regie: Valentin Thurn)

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbingler
Textredaktion: Karin Chladek
Bildredaktion: Michael Mangold
Titelbild: Monkey Business – fotolia.com
Satz und Layout: ZITRUSBLAU,
Berlin, Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG